

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 1 (1909)
Heft: 2

Rubrik: Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

welche an die Subvention des öffentlichen Arbeitsnachweises überhaupt gestellt werden ».

Abgesehen hiervon sei eine Reorganisation des Naturalverpflegungsnachweises im Gange und im Kanton Zürich schon seit 1904 durchgeführt, die bis auf wenige Punkte mit allen in der Eingabe des schweiz. Arbeiterbundes angeführten Uebelständen aufgeräumt habe.

Es wird zum Schlusse zugegeben, dass im gegenwärtigen Betriebe des Arbeitsnachweises der Naturalverpflegung Mängel bestehen, dass aber eine wirkliche Reorganisation dieses Arbeitsnachweises schon grosse Fortschritte gemacht habe und sich in absehbarer Zeit auf alle Naturalverpflegungsverbände erstrecken werde, eine Reform, welche die sukzessive Erfüllung der vom Arbeiterbund aufgestellten Bedingungen in sich schliesse.

Wir dürften die Weiterentwicklung ruhig abwarten, denn durch den Anschluss an die öffentlichen Arbeitsämter werde der Arbeitsnachweis der Naturalverpflegung so gestaltet, dass er die vom Bunde vorgeschlagene Subvention verdiene.

Die Erwiderung des Verwalters des Zürcher Arbeitsamtes erbringt meiner Ansicht nach den deutlichsten Beweis dafür, wie recht der Bundesvorstand des schweiz. Arbeiterbundes mit seinem Vorgehen in dieser Frage hatte, und wenn man wirklich die Hoffnung haben kann, der Bohny sich hingibt, so ist es wohl besser, anstatt eines ruhigen Abwartens, die schweizerische Arbeiterschaft anzuspornen, darauf zu dringen, dass die in der Eingabe des Bundesvorstandes des Arbeiterbundes gestellten Forderungen erfüllt werden.

Den beiden weiteren Forderungen in der hier besprochenen Eingabe: *Errichtung von Reiseunterstützungskassen* und die *Arbeitsmarktberichterstattung* könnten wir gleichfalls zustimmen. Näher darauf im Rahmen dieser Abhandlung einzugehen, würde zu weit führen.



Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Fünfter internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung.

In der ersten Tabelle, die in Nummer 1 veröffentlicht ist, letzte Kolonne unten, passierte dem Setzer eine Entgleisung nach links, so dass für Spanien 25% statt 2,5% der Gesamtarbeiterzahl als organisiert angegeben sind. Wir bitten, hievon gefälligst Notiz zu nehmen.

Ueber die *Steigerung der Zahl der organisierten Arbeiter* ist es noch sehr schwer zuverlässige Angaben zu machen. Weil erstens früher die Berichterstattung an das internationale Sekretariat noch unvollständiger war als heute, und zweitens weil beispielsweise das Wachstum der Zahl der Landeszentralen angeschlossenen Arbeiter nur zum Teil auf Gewinnung von Nichtorganisierten beruht und teilweise auf den Anschluss bereits früher bestehender Gewerkschaftsorganisationen an die Landes-

zentralen zurückgeführt werden muss. Soweit eine Feststellung über die Zunahme der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft heute möglich ist, mögen nachstehende Zahlenreihen zur Orientierung dienen:

	In den Jahren:			Steigerung in Prozent	
	1905	1906	1907	1907	Prozent
<i>England.</i>					
Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter	1,866,755	2,106,283	2,106,000	12	
Zahl der der Landeszentrale angeschlossenen Arbeiter	501,299	630,933	689,674	37	
<i>Belgien.</i>					
Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter	148,483	158,116	181,000	21	
Zahl der der Landeszentrale angeschlossenen Arbeiter	34,184	42,491	138,000	329	
<i>Dänemark.</i>					
Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter	92,627	98,432	109,900	18	
Zahl der der Landeszentrale angeschlossenen Arbeiter	71,464	78,081	90,806	27	
<i>Schweden.</i>					
Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter	117,935	200,924	239,000	102	
Zahl der der Landeszentrale angeschlossenen Arbeiter	86,635	144,395	188,284	117	
<i>Norwegen.</i>					
Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter	18,600	25,339	48,200	159	
Zahl der der Landeszentrale angeschlossenen Arbeiter	16,222	25,339	39,070	140	
<i>Deutschland.</i>					
Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter	1,822,343	2,215,165	2,447,000	34	
Zahl der der Landeszentrale angeschlossenen Arbeiter	1,344,803	1,689,709	1,865,500	38	
<i>Oesterreich.</i>					
Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter	323,099	448,270	501,100	55	
Zahl der der Landeszentrale angeschlossenen Arbeiter	306,599	392,106	463,671	51	

Leider sind uns die entsprechenden Ziffern für die Schweiz nicht genau bekannt. Approximativ geschätzt würden wir etwa eine Steigerung der Gesamtzahl der Organisierten um 45 bis 48% und der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Arbeiterschaft um rund 50% für den Zeitraum von 1905 bis 1907 bekommen.

Aus der vorliegenden Zusammenstellung ist nun zunächst ersichtlich, dass die drei Jahre 1905 bis und mit 1907 der Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation im allgemeinen günstig waren, indem die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten im Minimum um 12% (in England) und im Maximum um über 100% in den skandi-

navischen Ländern stieg. Wenn in England und Dänemark die Steigerung verhältnismässig gering erscheint gegenüber derjenigen anderer Länder, so haben wir das in der Hauptsache dem Umstande zuzuschreiben, dass in den beiden genannten Ländern bereits vor 1905 ein hoher Prozentsatz der Arbeiter organisiert war.

Es ist ferner interessant und erfreulich, zu beobachten, dass mit Ausnahme von Norwegen und Oesterreich die Zahl der Arbeiter, die der Landeszentrale angeschlossen sind, verhältnismässig bedeutend rapider stieg als die Gesamtzahl der Organisierten, besonders für Belgien lassen die vorliegenden Zahlen auf eine starke Konzentrationsbewegung schliessen. Indem die der Landeszentrale angeschlossene Arbeiterschaft in der Regel das fortschrittliche Element darstellt, dürfen wir den Schluss ziehen, dass die fortschrittlichen Ideen, namentlich das Solidaritäts- oder Zusammengehörigkeitsgefühl, sich in rascherem Tempo entwickeln als die Ausdehnung der Gewerkschaftsorganisation sich bewegt. Damit ist auch eine vielfach erhobene Behauptung, die Ausdehnung der Organisation hindere die Verbreitung fortschrittlicher Ideen, wenigstens teilweise widerlegt. Wenn Norwegen und Oesterreich dabei nicht gleichen Schritt hielten, so lässt sich leicht feststellen,

dass beide schon im Jahre 1905 einen gewaltigen Vorsprung in dieser Richtung vor den übrigen Ländern hatten.

Ueber die Gründe, die sowohl das Wachstum der Gewerkschaftsorganisation überhaupt, als das der Arbeiterzahl, die den gewerkschaftlichen Landeszentralen angeschlossen sind, förderten, brauchen wir nicht viel zu reden, sie sind allgemein bekannt.

Steigende Geschäftskonjunktur, Schutzzollpolitik, Lebensmittelverteuerung, Unternehmerkoalitionen, Massenaussperrungen, Gewaltmassregeln der Regierungen gegen die Arbeiter, Steigerung des Rechtsbewusstseins und der Kulturbedürfnisse bei der Arbeiterschaft, das sind die wahren Hetzer und Wühler, die mit unwiderstehlicher Gewalt den Arbeiter in die Gewerkschaft, die Gewerkschaften auf das Terrain des «gemeinsamen Klassenkampfes» drängen. Das ist es, was die Zahlen des internationalen Berichtes uns deutlich als allgemein gültig erkennen lassen.

Wir kommen nun zu den Leistungen der Gewerkschaftsorganisationen auf den Gebieten des Unterstützungswesens. Zunächst gibt uns folgende Tabelle über die Leistungen der allgemeinen Unterstützungseinrichtungen einigen Aufschluss:

Land	Prozent der Gesamtzahl der organis. Arbeiter, auf die sich die Angaben beziehen	Jahreseinnahmen der Gewerkschaften		Ausgaben für				Totalausgaben für allgemeine Unterstützungszwecke	
		Insgesamt	per Kopf	Reise- und Arbeitslosenunterstützung	Krankenunterstützung	Invaliden- und Sterbegeld	Anderweitige Unterstützung, ausgenommen für Streik	Insgesamt	per Kopf
		Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
England . .	60,49	59,776,002	46.—	13,397,807	10,541,800	2,535,490	3,947,833	30,421,831	23.87
Niederlande .	25,05	1,569,990	48.—*	10,920	133,186	15,993	3,332	173,432	5.37
Belgien . .	74,74	2,110,996	15.—	149,271	136,527	32,852	7,827	326,478	2.41
Dänemark . .	95,35	2,928,765	27.—	492,308	137,858	64,590	15,683	611,980	5.83
Schweden . .	78,78	3,792,686	20.—	130,727	9,611	—	96,450	237,041	1.25
Norwegen . .	80,33	1,475,766	37.—	62,930	144,432	20,052	33,880	261,297	6.90
Finnland . .	78,74	144,705	5.75	1,595	—	—	1,345	2,942	—1.11
Deutschland .	95,24	71,818,201	30.—	9,588,958	4,907,321	1,424,292	1,548,038	17,468,611	7.50
Oesterreich .	100	8,459,128	16.—	1,364,942	811,910	357,642	574,307	3,108,822	6.20
Ungarn . .	100	2,041,443	14.—	309,488	190,391	130,821	61,837	714,538	5.03
Serbien . .	100	80,653	14.—	11,177	2,806	—	1,962	15,635	2.87
Bulgarien . .	15,09	31,810	21.—	3,118	1,051	200	—	4,370	2.89
Schweiz . .	49,92	1,344,648	20.—	45,276	235,643	58,055	113,860	452,835	6.70
		155,574,793		25,568,517	17,252,536	4,639,987	6,406,354	53,799,812	

* Wir vermuten einen Irrtum, möglicherweise gilt die angegebene Summe der Einnahmen für alle Organisierten, statt nur für 25 %; dann sind es nur noch 12 Fr. per Kopf.

Zu der vorliegenden Tabelle ist für die Schweiz speziell zu bemerken, dass die Angaben sich nur auf die dem Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Verbände bezogen. Immerhin hätten sich die Durchschnittszahlen kaum wesentlich verändert, wenn wir noch die Einnahmen und Ausgaben für die Maler und Gipser, die Schneider und die Maurer mitberechnet hätten, die damals dem Gewerkschaftsbund nicht angeschlossen waren, aber darum nicht minder als auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Organisationen in Betracht kommen. Dagegen hätte sich das Bild zu unsern Ungunsten stark verschoben, wenn wir die minime Beiträge erhebenden Verbände der Eisenbahner oder gar die «Christlichen», die auch bezüglich der Ausrichtung von Unterstützungsgeldern nur wenig leisten, mitgezählt hätten.

Wir sehen aus dieser Zusammenstellung mit Bestimmtheit, dass die englischen Gewerkschaften die höchsten Beiträge erheben und gleichzeitig auch die absolut und relativ höchste Summe an Unterstützung an ihre Mitglieder auszahlen, nämlich über 51 % der Einnahmen. Im weitem verzeichnen Norwegen mit 37 Fr. und Deutschland mit durchschnittlich 30 Fr. pro Jahr und pro Kopf die höchsten Einnahmen, während Finnland, Ungarn, Ser-

bien und Belgien mit Fr. 5.75, 14 und 15 Fr. weit unter dem Durchschnitt Fr. 24.13 stehen bleiben. Obschon in diesen Ziffern bei manchen Verbänden, vielleicht bei allen, der Barsaldo vom Vorjahr eingerechnet ist, wodurch das Bild über die von der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder für ihre Organisation aufgebrachten Opfer etwas verschwommen erscheint, kann man dennoch mit ziemlicher Sicherheit daraus auf das Verhältnis der Höhe der Beitragsleistung in den einzelnen Ländern schliessen. Dabei ergibt sich, dass die Schweiz mit Bulgarien und Schweden noch etwas unter der Durchschnittsleistung steht. Wir finden im internationalen Bericht, Seiten 12 und 13, Tab. VIII, hierüber detaillierte Angaben, dieselben stimmen aber nicht genau überein mit den Schlüssen, die sich aus der vorliegenden Tabelle ergeben, die aus dem in Tabelle IV des internationalen Berichtes gegebenen Material zusammengestellt ist. Das ist darauf zurückzuführen, dass namentlich bei Ungarn und Serbien, die annähernd dieselbe Beitragsleistung melden wie die Schweiz, auch die der Landeszentrale nicht angeschlossenen Gewerkschaften miteingerechnet worden sind, während sie für die Schweiz wegblichen. — Kollege Legien erwartet in den nächsten Jahren über diesen Gegenstand genauer Aufschluss zu

erhalten. Soweit Angaben vorliegen, lässt sich heute folgendes feststellen:

Von den der Landeszentrale angeschlossenen Verbänden leisten

Land	mehr als 25 Fr. jährlich an Beiträgen (Proz. der Mitglieder)	weniger als 16 Fr. jährlich an Beiträgen (Proz. der Mitglieder)	zu allgemeinen Unterstützungs- zwecken (in Prozent der Einnahmen)
Dänemark	63	13	22,00
Schweden	24	42	0,62
Norwegen	36	10	18,00
Deutschland . . .	71	6	24,9
Oesterreich . . .	10	50	38,7
Ungarn	12	14	35,00
Serbien	9	22	20,00
Bulgarien	10	82	13,00
Schweiz	48	33	33,5

Ueber 25 Fr. können als hohe, unter 16 Fr. als niedrige Beitragsleistungen bezeichnet werden.

Aus obiger Zusammenstellung ergibt sich, dass die Dänen und die Deutschen am meisten Mitglieder zählen, die hohe Beiträge entrichten, während Bulgarien, Schweden und Oesterreich einen hohen Prozentsatz von Mitgliedern mit geringen Beiträgen aufweisen. Wäre die Tabelle vollständig, so würde sich England noch zu den erstern und Belgien wohl zu den letztern gesellen, wie dies auch für Frankreich und Spanien sehr wahrscheinlich der Fall ist. Für die Schweiz ändert sich die Situation gegenüber der erstern Zusammenstellung kaum; wir stellen uns mit 48 guten und 33 schwachen Beitragszahlern als brave Durchschnittsgewerkschafter in die richtige Mitte. Dagegen kommen wir bezüglich der Ausgaben für allgemeine Unterstützungszwecke mit 33,5 % in die vordern Reihen und werden mit Ausnahme von Oesterreich und Deutschland in dieser Hinsicht nur noch von England übertroffen. Schweden leistete auf diesem Gebiet eigentümlich wenig, warum ist leider aus den internationalen Berichten nicht zu ermitteln. Ueber 54 Millionen hätten somit die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Europas (mit Ausnahme von Spanien, Italien und Frankreich, für die keine Angaben vorliegen) allein im Jahre 1907 geopfert, um kranke, arbeitslose oder sonst notleidende Kameraden zu unterstützen. Wenn man bedenkt, dass der grösste Teil dieser Summe dadurch aufgebracht wird, dass Tausende von Arbeitern auf mancherlei materielle Genüsse verzichten, manchmal sogar dringende Bedürfnisse unbefriedigt lassen, wenn man andererseits sieht, wie Unternehmer und Regierungen vielfach ihr Möglichstes tun, um die Koalition der Arbeiter unmöglich zu machen, statt die sozialen Schäden, für die die Herren in erster Linie verantwortlich sind, wenigstens mildern zu helfen, wenn man endlich sich vergegenwärtigt, wie viel Not und Sorgen durch dieses Riesenwerk der Arbeitersolidarität gemildert werden, so darf man mit Stolz als organisierter Arbeiter den Vertretern aller andern Gesellschaftsklassen gegenüberreten. Die Unternehmer, die Kapitalisten, die Regierungen, sie alle müssten vor einem höhern Richter in Verlegenheit geraten, wenn sie aufgefordert würden, Aufschluss zu geben, wie sie das ihnen anvertraute Pfund verwaltet haben; die organisierte Arbeiterschaft dagegen, sie könnte zur Schande der erstern nachweisen, dass sie nur Gutes und viel Gutes gestiftet hat mit den Mitteln, die ihr zur Verfügung standen. Die Zahlen des internationalen Berichtes zeigen neuerdings, wie sehr der Sozialist Marx recht hatte, als er den Arbeitern zurief: « Proletarier aller Länder vereinigt euch! ».

Es gibt aber wunderliche Leute, die mit einer Vereinigung allein und mit dem Wirken der Organisation auf dem Gebiet des Unterstützungswesens nicht zufrieden sind. Wir werden daher im nächsten und letzten Aufsatz über den internationalen Bericht prüfen, was die Gewerkschaftsorganisationen auf dem Gebiete der « wirtschaftlichen Kämpfe » geleistet haben.

Aus der Gewerkschaftsbewegung Frankreichs.

Post- und Generalstreik.

Innerhalb weniger Wochen haben wir einen zweiten Poststreik gehabt, den ein Generalstreik, der dritte in drei Jahren, begleitete und den eine erneute Krise in der Gewerkschaftsleitung abschloß. Die Ursachen und der Hergang des ersten Poststreiks sind den Lesern bekannt. „Mit ihr (der siegreichen Bewegung), ist anerkannt, wenn auch noch nicht geregelt, die Beteiligung und Kontrolle der Angestellten bei der Organisation der Staatsmaschinerie als Vertretung der organisierten Arbeiterklasse“ schrieben wir am Schlusse unserer letzten Korrespondenz. Daß die Bourgeoisie ihre Alleinherrschaft im Staate nicht leichten Kaufs aufgeben würde, war vorauszusehen. An den vereinigten Organisationen der Postbeamten, Postunterbeamten und Postarbeiter lag es, ihren Sieg durch den Ausbau der Organisationen und durch eine kluge, vorsichtige Taktik sicherzustellen. Das ist leider *versäumt* worden.

Statt zunächst das Hauptaugenmerk auf die Organisation möglichst aller Angestellten zu richten, wurde die Streitfrage, ob Gewerkschaft oder Berufsverein, aufgeworfen. Die Frage, ob Beamte eine Gewerkschaft (auf Grund des Gesetzes von 1889), oder nur einen Berufsverein (auf Grund des Vereinsgesetzes von 1901) bilden dürfen, ist streitig. Wohl sprach eine Tagesordnung der Kammer von 1894 allen Beamten, „die nicht einen Teil der öffentlichen Macht repräsentieren“, also nicht gewisse Polizeibefugnisse besitzen oder Regierungsbeamte im engeren Sinne sind, das Gewerkschaftsrecht zu. Seitdem hat sich die Ansicht der Kammermehrheit jedoch geändert und auch juristisch ist die Frage noch nicht klar entschieden. Zum Ueberflusse wird diese Frage innerhalb der Staatsangestellten selbst heiß umstritten und es kam darüber bei den Postunterbeamten vor drei Jahren zu einer Spaltung. Der grössere Teil verblieb im „Generalverein“, während der vorwärtstrebende Teil eine Gewerkschaft bildete, die „geduldet“, aber nicht anerkannt ist. Wir halten diese Frage von untergeordneter Bedeutung, denn daß die Form des Berufsvereins auch einen Streik nicht verhindern kann, hat die Bewegung der Pöstler gezeigt, an deren Spitze der Generalverein der Postbeamten stand.

Durch das Hineinwerfen dieses Zankpfels wurden die Beamten moralisch gespalten. Den Führern der Pöstler, denen man den Mangel an gewerkschaftlicher Erfahrung zugute halten muß, war ihr Sieg zu Kopfe gestiegen. Man hielt revolutionärklingende Reden, berauschte sich an Versammlungserfolgen und bot der revanchelüsteren Bourgeoisie willkommene Gelegenheit Rache zu nehmen. Die ließ denn auch nicht lange auf sich warten.

Die Regierung *wollte* ihren zweiten Poststreik haben. Sie traf ihre Vorbereitungen und dann begannen die Provokationen. Sie wendete das allgemein übliche Mittel der Maßregelung an. Die Versammlungsredner wurden auf Grund von Polizeirapporten vom Dienste suspendiert und mit der Anweisung auf Entlassung vor ein Disziplinargericht gestellt. Die Kammer trat am 11. Mai wieder zusammen. Die Regierung beschleunigte die Maßregelungen, um den Streik noch vor dem Zusammentritt der Kammer zu provozieren und diese vor die vollendete Tatsache zu stellen.

Die Pöstler waren zunächst schlau genug, nicht in die Falle zu gehen. Als die Kammer jedoch aus purer Feigheit sich nach dreistündiger Verhandlung vom 11. auf den 13. Mai vertagte, ohne eine Entscheidung getroffen zu haben, beging die Organisationsleitung den schweren Fehler, noch am 11. Mai den Streik zu erklären. Damit hatte die Regierung gewonnenes Spiel. Die Pöstler hatten sich in den Augen des Publikums und der Parlamentarier ins Unrecht gesetzt, weil sie die Entscheidung des Parlaments nicht abgewartet hatten. Ein grosser Teil der Beamten, der zum Streik gewillt war, folgte selbst nicht der ausgegebenen

Parole, weil auch er erst die Entscheidung des Parlamentes abwarten wollte. Auch die Organisation des Streiks war mangelhaft. Durch diese Uebereilung war auch der Solidaritätsstreik der Eisenbahner kompromittiert. Der Verband der Eisenbahner, der vom 4. bis 7. Mai in Paris seinen Kongreß abgehalten hatte, hatte auf Drängen der Pöstler beschlossen, ein Referendum über einen Solidaritätsstreik, bei dem die Eisenbahner zugleich ihre eigenen Forderungen durchdrücken sollten, zu veranstalten. Statt nun das Ergebnis der Abstimmung abzuwarten und sich mit den Eisenbahnern über eine gemeinsame Aktion zu verständigen, ging man allein vor.

Die Regierung war beim ersten Streik überrumpelt worden. Diesmal hatte sie ihre Vorbereitungen getroffen. Beim ersten Streik *mußte* sie nachgeben, weil gerade die Sprungfedern des Postdienstes versagten, die ambulanten Beamten und das Personal des Zentraltelegraphen- und Telephonamtes. Beim zweiten Streik wollten die Beamten des Zentraltelegraphenamtes erst die Entscheidung des Parlamentes abwarten — und nachher fehlte ihnen der Mut. So war der zweite Streik zum vornherein verloren, trotz des fast allgemeinen Streiks der ambulanten Beamten und der größeren Beteiligung der Provinz.

Als die Führer der Bewegung sahen, daß die Masse der Pöstler, besonders die Telegraphisten, sich auch nach der Entscheidung der Kammer nicht rührten, wandten sie sich an die Gewerkschaften um Hilfe. Dazu war es aber schon zu spät und die Gewerkschaftsführer, die das haben was den Pöstlern fehlte, die gewerkschaftliche Erfahrung, hätten diese nicht darüber im Unklaren lassen sollen. Stattdessen machte man den Pöstlern große Versprechungen, von denen man wußte, daß sie nicht gehalten werden konnten. Die schwankenden Pöstler verließen sich nun erst recht auf die Hilfe der Gewerkschaften. Nur der kürzlich gewählte Sekretär der Konföderation, Genosse *Niel*, hatte den Mut, öffentlich die Wahrheit zu sagen. In einer Rede in Lens, anläßlich des Bergarbeiterkongresses, erklärte er, daß das Proletariat zum Generalstreik nicht bereit sei. Das war den revolutionären Syndikalisten, die ihm das Leben recht sauer machten, gut genug, um ihm daraus einen Strick zu drehen.

Tags darauf, am 17. Mai, beschloß das vereinigte Konföderationskomitee (Verband der Arbeitsbörsen und Verband der Föderationen), nach langer stürmischer Diskussion, den Generalstreik. Der Beschluß wurde zunächst *geheim* gehalten und nur mittelst der *Presse* die *Pariser* Arbeiterschaft lakonisch aufgefordert „sich zum Generalstreik vorzubereiten“. In einer erneuten Sitzung am 18. Mai wurde der Generalstreik *für den folgenden Tag* beschlossen. Auch dieser Beschluß wurde zunächst geheim gehalten und erst in später Nachtstunde wurde der *Presse* ein Manifest übermittelt. So las die *Pariser* Arbeiterschaft am Morgen, die Arbeiter der Provinz am Abend, das heißt soweit sie Zeitungen lesen, daß für denselben Tag der Generalstreik proklamiert sei. Das wirkte natürlich wie irgendeine beliebige Zeitungsnachricht. Nur die *Pariser* Bauarbeiter hatten einige Vorbereitungen getroffen, und diese waren es auch allein, die in größerer Zahl streikten. Allerdings sind sie verhältnismäßig stark organisiert. Am 20. Mai war Feiertag, den eine Reihe von Gewerkschaften zur Einberufung von Versammlungen benützten. Trotzdem war die Zahl der Streikenden am Freitag eine lächerlich geringe. Statt ihre Stärke, hatten die Gewerkschaften ihre Schwäche gezeigt. Die Bourgeoisie jubelte, die Regierung triumphierte. Die revolutionären Syndikalisten, die zum Streik gehetzt hatten, wußten nichts Besseres zu tun, als in den Versammlungen eine skandalöse Scharfmacherei gegen *Niel* und *Guérard* (Sekretär der Eisenbahner) zu veranstalten. Man kann sich leicht vorstellen, welchen Eindruck das nach außen gemacht hat.

Die Pöstler selbst, soweit sie nicht gemäßregelt waren, hatten die Arbeit wieder aufgenommen. In der Versamm-

lung vom 21. Mai waren selbst von den mehr als 600 Gemäßigten nur etwa 300 anwesend. Da entschloß man sich schließlich, dem grausamen Spiele ein Ende zu bereiten und hob den „General“streik auf, ehe er in Wirklichkeit existiert hatte.

Nun sollte man meinen, daß die hitzigsten Generalstreikler ernüchtert worden wären und eingestanden hätten, daß *Niel* im Rechte war und nur seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan hatte, als er sich dem Generalstreik widersetzte. Das annehmen, heißt die Syndikalisten überschätzen. Am 25. und 26. Mai war das vereinigte Konföderationskomitee aufs neue versammelt, um über — *Niel* zu Gericht zu sitzen. Die Sitzung endete mit der *Demission der beiden Sekretäre Niel und Thil*.

Wir geben aus dem Demissionsschreiben der beiden Sekretäre folgende charakteristische Stellen wieder:

In dem Demissionsschreiben *Niels* heißt es: «...Wie viele Gewerkschafter, die in den Organisationen der Provinz tätig sind, glaubte ich aufrichtig an eine mögliche Annäherung (zwischen «Reformisten» und «Revolutionären»). Indem ich den Posten, auf den sie mich beriefen, annahm, erachtete ich mich mit der Mission betraut, die Einigung aller zu versuchen. Ich habe nunmehr die bittere Ueberzeugung gewonnen, daß dieser Versuch mindestens verfrüht ist... Ich bin auf eine zynische Voreingenommenheit, auf eine brutale Unduldsamkeit, auf eine überlegte Böswilligkeit gestoßen. Ich habe alles erduldet: Beleidigungen, Drohungen, selbst Vergewaltigungen. Heute setzen Sie Ihrer Unduldsamkeit schließlich die Krone auf; Sie erlauben sich meine Meinungsfreiheit anzutasten, weil ich in einem kritischen Augenblick dem Proletariat die Wahrheit, die volle Wahrheit sagen wollte...» *Niel* fährt fort, indem er erklärt, daß er mit seiner Demission keineswegs verzichte, die notwendige Einheit in der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen. Es sei Sache der Organisationen die ihn gewählt haben, «die weder eine anarchistische noch eine andere Politik in den Gewerkschaften wollen», daran zu arbeiten. Bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß müsse das gesamte Proletariat über die Tätigkeit der Konföderation aufgeklärt werden und die faktische Mehrheit der Organisierten auch in eine Kongressmehrheit verwandelt werden, um der Gewerkschaftsrichtung, «die mehr um Resultate wie um Lärm besorgt ist, revolutionär in ihrem Wesen, und nicht nur in ihrem Scheine», endgültig zum Siege zu verhelfen.

Thil schreibt in seinem Demissionsbrief: «... Wenn es möglich ist, sich mit Anhängern verschiedener Taktiken zu verständigen, so erachte ich es für unmöglich mit Leuten, die die gewerkschaftliche Zukunft hintanzusetzen und deren sämtliche Handlungen die direkte Verneinung der Ideen ist, die sie predigen. Weniger illusioniert wie Genosse *Niel*, weil ich länger wie er im Milieu der Konföderation tätig bin, *glaube ich die Stunde der Aussöhnung nicht nahe*. Diese Stunde wird erst schlagen, wenn alle entschlossen sein werden, ihre persönlichen Interessen den Interessen der Arbeiterklasse zu opfern...»

Hierzu wäre noch zu bemerken, daß die beiden Sekretäre von den Vertretern der Gewerkschaften allein gewählt werden, während auch die Vertreter der Arbeitsbörsen, deren Verantwortung minimal ist, über *Niel* zu Gericht saßen. *Niel* hatte die «einfache Tagesordnung» verlangt, die mit 60 gegen 30 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt wurde. Ob es den sogenannten «Reformisten» gelingen wird, auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß die Mehrheit zu erreichen, ist bei dem merkwürdigen Vertretungsmodus, wonach jede Sektion, gleichgültig wieviel Mitglieder sie hat, eine Stimme besitzt, zweifelhaft. *Möglich* ist es, wenn gearbeitet wird und man den Schreibern nicht von vornherein das Feld überläßt.

Wie dem auch sei, der «Erfolg» des «General»streiks ist klar. Zur Niederlage der Pöstler ist die Niederlage der gesamten Arbeiterklasse gekommen. Das Proletariat

geht uneiniger und schwächer denn je aus einem Kampfe hervor, den es garnicht geführt hat. Das Prestige der Gewerkschaften ist unter Null gesunken und die Organisation liegt am Boden.

Josef Steiner.



Ausserordentlicher Kongress der Generalunion der Uhrenarbeiter.

Etwa 90 Delegierte der verschiedenen Organisationen, die der Generalunion der Uhrenarbeiter angeschlossen sind, waren am 23. Mai im Stadthaus in Biel versammelt, um über die Gründung oder Umwandlung der Generalunion in einen Industrieverband endgültig zu beschliessen.

Bekanntlich bestehen in der Uhrenindustrie heute noch kleine Berufsverbände für jeden einzelnen Industriezweig, die in der Generalunion eine lockere Verbindung haben. Da aber die kapitalistische Entwicklung auch vor denjenigen Industrien nicht halt macht, die am zähesten den Kleinbetrieb aufrecht zu erhalten suchen und deren Konsequenzen, Grossbetriebe, bessere maschinelle Einrichtungen, intensivere Arbeitsteilung, Unternehmerverbände, Krisen usw. die Stellung der Arbeiterschaft namentlich im letzten Jahrzehnt hart zu bedrohen begannen, musste der Gedanke der Konzentration der Kräfte und Mittel auch auf Seite der Arbeiterschaft schliesslich Fuss fassen.

Einsichtige Kameraden hatten schon vor Jahren den Zusammenschluss der vielen Berufsverbände zu einem Industrieverband gefordert. Berufsstolz, Kurzsichtigkeit, persönliche Interessen und dergleichen Mängel bildeten jedoch während langen Jahren ein unüberwindliches Hindernis gegen die Verwirklichung dieser vorgeschrittenen Idee. Zu den konservativen Elementen gesellten sich seit einiger Zeit die Anarcho-Syndikalisten mit ihrer fanatischen Bekämpfung jeder Zentralisation, die sie mit ihrer abstrakten Begriffsverwirrung für unter allen Umständen schädlich halten.

So schien es, als ob die Arbeiter der Uhrenindustrie für ewige Zeiten darauf verzichten müssten, eine kräftige, alles umfassende Industrieorganisation zu bekommen, die den Unternehmern und Behörden einen Respekt einflösst, den sich die vereinzelt stehenden kleinen Berufsverbände nie verschaffen können.

Doch die Verhältnisse sind schliesslich mächtiger als Kurzsichtigkeit, Egoismus, böser Wille oder krasser Aberglaube.

Das weitere Vordringen der Maschine in der Uhrenindustrie, die geradezu chronisch gewordene aber nicht minder schmerzhaft wirkende Krise und namentlich auch die jüngsten Konflikte in Reconville, Tramelan usw., in denen sich die Unternehmer hartnäckiger und rücksichtsloser denn je zeigten, sie haben der grossen Mehrzahl der Uhrenarbeiter die Erkenntnis beigebracht, dass der Moment da ist, wo es gilt, an Stelle vieler zerstreuter Verbände einen einzigen grossen Industrieverband zu schaffen.

Diesen Umständen verdanken wir es, wenn trotz der teilweise ganz gut begründeten Bedenken, die einzelne Redner gegen den Industrieverband erhoben, dessen Gründung prinzipiell schliesslich einstimmig beschlossen wurde.

Damit konnte in die Detailberatung der Statuten des neuen Verbandes eingetreten werden, für die bereits ein fertiger Entwurf vorlag.

Genosse *Ryser* erstattet einleitend für die vorberatende Kommission summarisch Bericht und übernimmt es, bei den einzelnen Artikeln jeweils den Standpunkt der Kommission zu erläutern.

Aus dem Entwurf können namentlich die beiden ersten Artikel interessieren, die ohne wesentliche Aenderung mit grossem Mehr angenommen wurden.

I. Zweck.

Art. 1. Der Uhrenarbeiter-Verband ist eine Vereinigung, die in Erkenntnis der zwischen Arbeitern und Unternehmern bestehenden Interessengegensätze, sämtliche in der Uhrenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu organisieren bezweckt, um dieselben zur gemeinsamen Verteidigung ihrer geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu veranlassen und, endlich ihre Emanzipation verwirklichend, zur völligen Aufhebung der Lohnarbeit zu gelangen.

Er ist dem schweizerischen Gewerkschaftsbund und dem schweizerischen Arbeiterbund angeschlossen.

Art. 2. Um den genannten Zweck zu erreichen, wird der Uhrenarbeiter-Verband alle ihm tunlich erscheinenden Mittel benützen, namentlich aber folgende:

- a) Organisation aller in der Uhrenindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen;
- b) Abschluss kollektiver Arbeitsverträge oder Vereinbarungen;
- c) Abschaffung der Heimarbeit;
- d) Verkürzung der Arbeitszeit;
- e) Ueberwachung und reglementarische Ordnung des Lehrlingswesens;
- f) Schutz der Mitglieder vor den Uebergriffen der Prinzipale;
- g) Gründung von einer oder mehreren Kassen zur Unterstützung bei Streik, Aussperrung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Rechtsstreitigkeiten usw.;
- h) Erhebung von Statistiken;
- i) Ueberwachung und Ausdehnung der Ausführung der Arbeiterschutzgesetze;
- j) Erziehung der Mitglieder durch Vorträge, Berufskurse und Gründung von Bibliotheken usw.;
- k) Pflege eines idealen Freundschaftsverhältnisses;
- l) Moralische und finanzielle Unterstützung der auf sozialistischen Prinzipien gegründeten Genossenschaften unter Vorbehalt näherer Bestimmungen;
- m) Mitwirkung an der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung.

Damit sind wir über die Tendenzen der neuen Organisation der schweiz. Uhrenarbeiter genügend orientiert.

Was die weitem Bestimmungen des Statutenentwurfs und deren Konsequenzen anbetrifft, sind folgende allgemein von Bedeutung:

1. Die alten Berufsverbände sollen eingehen und deren Mitglieder wenn irgend möglich an einem Orte nur eine Sektion des Industrieverbandes bilden.
2. Gegen Entrichtung eines Eintrittsgeldes von 1 Fr. kann jeder Arbeiter oder jede Arbeiterin, die in der Uhrenindustrie tätig sind und die vorliegenden Statuten als massgebend anerkennen, dem Verband beitreten.
3. Der ordentliche Beitrag beträgt 50 Cts. per Woche für Mitglieder, die über 4 Fr., und 25 Cts. per Woche für solche die weniger als 4 Fr. per Tag verdienen. Hiervon verbleiben den Sektionen je 10 resp. 5 Cts. per Beitrag.
4. Bei Streiks ist der Zentralvorstand nach Verständigung mit dem Sektionsvorstand in letzter Instanz massgebend. Die Unterstützung im Streikfalle wird auf Fr. 2.50 für ledige und 3 Fr. für verheiratete Arbeiter plus 50 Cts. per Kind festgesetzt, darf aber in keinem Falle den normalen Tagesverdienst des Arbeiters überschreiten.
Sammellisten dürfen nur im Einverständnis mit dem Zentralvorstand in Zirkulation gesetzt werden. Ebenso können Extrabeiträge nur im Einverständnis mit dem Zentralvorstand resp. nur von letztem beschlossen werden.
5. Oberste Instanz des Verbandes ist die Urabstimmung, der folgende Geschäfte unterworfen sind:
 - a) Alle Statutenabänderungen;